

# BGH-Leitsatz-Entscheidungen

## Heute neu:

1. [ZPO: Vollstreckung der Abgabe einer Willenserklärung](#)  
Beschluss 19.05.2011, I ZB 57/10
2. [BGB: Leistungsklage des Gesellschafters auf Abfindung](#)  
Urteil 17.05.2011, II ZR 285/09
3. [AufenthG: Haft zur Sicherung der Abschiebung](#)  
Beschluss 19.05.2011, V ZB 15/11
4. [BGB: Bestätigung der Kaufpreiszahlung im Grundstückskaufvertrag](#)  
Urteil 20.05.2011, V ZR 221/10
5. [WEG: Änderung des Kostenverteilungsschlüssels bei Öffnungsklausel](#)  
Urteil 10.06.2011, V ZR 2/10
6. [RVG: Beauftragung des Rechtsanwalts an unterschiedlichen Tagen](#)  
Urteil 21.06.2011, VI ZR 73/10
7. [ZPO: Pfändung des Pkw eines gehbehinderten Schuldners](#)  
Beschluss 16.06.2011, VII ZB 12/09
8. [BGB: Kündigung wegen unpünktlicher Mietzahlung](#)  
Urteil 01.06.2011, VIII ZR 91/10
9. [InsVV: Zuschläge bei Unternehmensfortführung](#)  
Beschluss 12.05.2011, IX ZB 143/08
10. [BGB: Ausgleich eines Steuerschadens durch Kompensationsgeschäft](#)  
Urteil 17.03.2011, IX ZR 162/08
11. [BGB: kein Einbezug des Ehrensolds in den Versorgungsausgleich](#)  
Beschluss 18.05.2011, XII ZB 139/09
12. [StPO: keine Verdrängung der gerichtlichen Hinweispflicht durch § 275c StPO](#)  
Urteil 11.05.2011, 2 StR 590/10

## **Urteile und Beschlüsse:**

### **1. ZPO: Vollstreckung der Abgabe einer Willenserklärung**

Beschluss 19.05.2011, I ZB 57/10

ZPO §§ 888, 894

Genügt eine Verurteilung zur Abgabe einer Willenserklärung nicht dem Bestimmtheitserfordernis des § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO, kann die Abgabe der fraglichen Erklärung durch den Schuldner nicht nach § 888 ZPO erzwungen werden.

### **2. BGB: Leistungsklage des Gesellschafters auf Abfindung**

Urteil 17.05.2011, II ZR 285/09

BGB § 738 Abs. 1 Satz 2

Ist der aus einer Personengesellschaft ausgeschiedene Gesellschafter imstande, die Höhe seines Abfindungsanspruchs schlüssig zu begründen, so kann er nach dem Verstreichen der vertraglich vereinbarten Fälligkeitszeitpunkte im Regelfall auf Leistung klagen und im Rahmen dieser Zahlungsklage den Streit darüber austragen, ob und in welcher Höhe bestimmte Aktiv- oder Passivposten bei der Berechnung des Abfindungsguthabens zu berücksichtigen sind (Bestätigung von BGH, Urteil vom 13. Juli 1987 - II ZR 274/86, ZIP 1987, 1314).

### **3. AufenthG: Haft zur Sicherung der Abschiebung**

Beschluss 19.05.2011, V ZB 15/11

AufenthG § 62 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2

Die gesetzliche Vermutung des § 62 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 AufenthG kommt erst zum Tragen, wenn die Ausreisefrist abgelaufen ist und der Betroffene auch ab diesem Zeitpunkt seine geänderte Anschrift nicht mitteilt.

### **4. BGB: Bestätigung der Kaufpreiszahlung im Grundstückskaufvertrag**

Urteil 20.05.2011, V ZR 221/10

BGB § 117 Abs. 1, § 125 Satz 1, § 311b Abs. 1 Satz 1

Wird in einem notariellen Grundstückskaufvertrag die Kaufpreiszahlung bestätigt, obwohl sie erst nach der Beurkundung erfolgen soll, stellt die Bestätigung eine Vorausquittung dar. Diese hat für sich genommen weder die Nichtigkeit als Scheingeschäft noch die Formnichtigkeit des Vertrags zur Folge.

### **5. WEG: Änderung des Kostenverteilungsschlüssels bei Öffnungsklausel**

Urteil 10.06.2011, V ZR 2/10

WEG § 10 Abs. 2 Satz 2

Auch bei der Änderung eines Kostenverteilungsschlüssels aufgrund einer in der Teilungserklärung enthaltenen Öffnungsklausel steht den Wohnungseigentümern

ein weiter Gestaltungsspielraum zu.

## **6. RVG: Beauftragung des Rechtsanwalts an unterschiedlichen Tagen**

Urteil 21.06.2011, VI ZR 73/10

RVG § 15 Abs. 2 Satz 1

Dieselbe Angelegenheit im Sinne des § 15 Abs. 2 Satz 1 RVG kann auch vorliegen, wenn mehrere Auftraggeber einen Rechtsanwalt an unterschiedlichen Tagen beauftragen.

## **7. ZPO: Pfändung des Pkw eines gehbehinderten Schuldners**

Beschluss 16.06.2011, VII ZB 12/09

ZPO § 811 Abs. 1 Nr. 12

Der Pkw eines gehbehinderten Schuldners unterliegt nicht der Pfändung, wenn die Benutzung des Pkw erforderlich ist, um die Gehbehinderung teilweise zu kompensieren und die Eingliederung des Schuldners in das öffentliche Leben wesentlich zu erleichtern (im Anschluss an BGH, Beschluss vom 19. März 2004 - IXa ZB 321/03, NJW-RR 2004, 789).

## **8. BGB: Kündigung wegen unpünktlicher Mietzahlung**

Urteil 01.06.2011, VIII ZR 91/10

Zur fristlosen Kündigung wegen fortdauernder unpünktlicher Mietzahlungen.

Soweit die vom Mieter einer Wohnung erbrachte Kautions drei Monatsmieten übersteigt, steht ihm - unabhängig von der Beendigung des Mietverhältnisses und der Rückgabe der Mietsache - ein Bereicherungsanspruch zu, der binnen drei Jahren seit Ablauf des Jahres verjährt, in dem der Mieter den überschüssigen Betrag gezahlt hat.

## **9. InsVV: Zuschläge bei Unternehmensfortführung**

Beschluss 12.05.2011, IX ZB 143/08

InsVV § 1 Abs. 2 Nr. 4 Satz 2 Buchst. b, § 3 Abs. 1 Buchst. b

a) Alle nach § 3 Abs. 1 InsVV zu gewährenden Zuschläge berechnen sich nach der um den Überschuss bei einer Unternehmensfortführung gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 4 Satz 2 Buchst. b InsVV erhöhten Berechnungsgrundlage.

b)Die nach § 3 Abs. 1 Buchst. b InsVV bei der Zumessung eines Zuschlags wegen Unternehmensfortführung vorzunehmende Vergleichsrechnung bezieht sich nur auf diesen Zuschlag; andere Zuschläge werden in die Vergleichsrechnung nicht einbezogen.

c)Der mit der Vergleichsrechnung ermittelte Ausgleichszuschlag wegen Unternehmensfortführung ist in die Angemessenheitsbetrachtung zur Festlegung eines Gesamtzuschlags einzustellen.

#### **10. BGB: Ausgleich eines Steuerschadens durch Kompensationsgeschäft**

Urteil 17.03.2011, IX ZR 162/08

BGB § 675 Abs. 1, § 254 Abs. 2 Dc

Der durch eine steuerliche Fehlberatung geschädigte Mandant ist nicht gehalten, den entstandenen Steuerschaden durch ein teures, mit neuen Risiken ausgestattetes Kompensationsgeschäft auszugleichen.

#### **11. BGB: kein Einbezug des Ehrensolds in den Versorgungsausgleich**

Beschluss 18.05.2011, XII ZB 139/09

BGB §§ 1587 Abs. 1 aF, 1587 a

Der Ehrensold nach dem rheinlandpfälzischen Ehrensoldgesetz hat keinen Versorgungscharakter und ist daher nicht in den Versorgungsausgleich einzubeziehen.

#### **12. StPO: keine Verdrängung der gerichtlichen Hinweispflicht durch § 275c StPO**

Urteil 11.05.2011, 2 StR 590/10

StPO §§ 257c, 265

Die mit dem Gesetz zur Regelung der Verständigung im Strafverfahren vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2353) eingeführte Vorschrift des § 257c StPO und die sich aus einer danach getroffenen Verständigung ergebenden Bindungen des Gerichts haben nicht die Kraft, die Hinweispflichten des § 265 StPO zu relativieren oder gar zu verdrängen.